

Senioren fordern Mitwirkungsrechte

PETITION Eine Delegation aus Stadt und Kreis Fürth übergab im Landtag 550 Unterschriften von Personen und Beiratschefs.

LANGENZENN/MÜNCHEN - Seniorenvertreter aus Stadt und Landkreis Fürth haben im Landtag an die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie, Doris Rauscher (SPD), eine Petition mit 550 Unterschriften von Personen und Seniorenbeiratsvorsitzenden aus ganz Bayern übergeben.

Hintergrund: Die Interessenvertreter lehnen den Gesetzentwurf der Staatsregierung zum ersten Bayerischen Seniorenmitwirkungsgesetz rundweg ab, weil er in ihren Augen nicht den Erwartungen und Notwendigkeiten der Seniorenräte vor Ort entspricht.

Darauf hatten die Bezirksversammlung Mittelfranken und die Landesdelegiertenkonferenz der Landesseniorenvertretung bereits 2022 mit großer Mehrheit gepocht. „Eine Reaktion darauf ist durch das zuständige Ministerium für Familie und Soziales nicht erfolgt“, kritisierte Hans Klinner, Vizechef der Mittelfranken-Vertretung und Vorsitzender des hier besonders aktiven Seniorenbeirats der Stadt Langenzenn im Kreis Fürth.



Petition-Übergabe: Seniorenrat Hans Klinner (li.) und SPD-Abgeordneter Horst Arnold aus Stadt und Kreis Fürth mit der seniorenpolitischen Sprecherin Doris Rauscher.

Mit euphorischen Worten hatte die Staatsregierung das Gesetz als „Meilenstein bayerischer Seniorenpolitik“ angekündigt. Es bleibe jedoch massiv hinter den Erwartungen der Senioren zurück, zürnen die Aktiven gegenüber unserer Redaktion: „Deshalb unsere Forderung nach Rücknahme des Entwurfes und einer

Neufassung des Gesetzes.“ Denn die kommunalen Seniorenräte hätten bislang meist keine festgeschriebenen, echten Mitwirkungsrechte bei seniorenpolitischen Fragen in den Kommunen, den Kreisen und Bezirken. Mehr noch: Der Entwurf würde die bislang funktionierenden Arbeitsstrukturen der Landessenioren-

vertretung auflösen. Um praktische Verbesserungen zu erzielen, müssten einige Kernpunkte erfüllt sein: verpflichtende Einführung von gewählten Seniorenräten in allen Gemeinden mit über tausend Einwohnern, eine Mindestausstattung, Einführung von Kreissenioreräten mit Aufgabendefinition, Mitwirkungsstrukturen auf Bezirksebene, Übernahme der funktionierenden Strukturen der Landesvertretung.

Bei der zweimonatigen Unterschriftensammlung haben 550 Personen die Petition unterschrieben, oft nur der oder die Vorsitzende im Namen des örtlichen Seniorenrates. Damit ist die reale Zahl der Unterstützer deutlich höher, so Klinner: „Sie wissen um die Notwendigkeiten ihrer Arbeit und sind deshalb tief enttäuscht von der Vorlage der Staatsregierung.“ Die aktive Mitgestaltung des demografischen Wandels vor Ort werde so eher behindert als gefördert. Große Seniorenorganisationen wie VdK, Awo und Kirchen seien ungenügend oder überhaupt nicht einbezogen worden. **hpr**

Foto: privat